



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2011/2020(BUD)

26.5.2011

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltsausschuss

zum Standpunkt des Parlaments zu dem vom Rat geänderten Entwurf des
Haushaltsplans für 2012 – Alle Einzelpläne
(SDFJL(BUD))

Verfasserin der Stellungnahme: Pervenche Berès

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen für die Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“ und „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“; erinnert daran, dass die Krise weiter anhält, und spricht sich gegen eine faktische Kürzung der Mittel im Kapitel „Beschäftigung und soziale Angelegenheiten“ und für die Leitinitiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ aus;
2. fordert eine Aufstockung der Zahlungsermächtigungen für den Europäischen Sozialfonds und für die Schaffung einer neuen Kategorie von Übergangsregionen;
3. begrüßt die Stärkung der Rolle der Sozialpartner im Rahmen der Leitinitiative „Neue Kompetenzen“ und spricht sich für die haushaltsmäßige Anerkennung ihrer Rolle in der Industriepolitik aus;
4. erinnert an die Einigung über das Mikrofinanzierungsinstrument bezüglich Progress und fordert folgerichtig zusätzliche 7 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen;
5. hebt hervor, dass der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung auf die Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern abzielt; fordert zur Beschleunigung der Verfahren die Bereitstellung von Zahlungsermächtigungen auf der entsprechenden Haushaltlinie;
6. erinnert an die Einigung über das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen und unterstützt die Schaffung einer Haushaltlinie über 2,7 Millionen Euro, die für Aktionen im Jahr 2012 vorgesehen sind;
7. schlägt eine Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen für die Europäische Stiftung für Berufsbildung vor, um die Partnerländer des Mittelmeerraums bei der Reform ihrer Arbeitsmärkte und ihrer Berufsbildungssysteme und der Förderung des sozialen Dialogs zu unterstützen;
8. schlägt zwei Pilotprojekte zur Förderung der Gesundheit und Sicherheit der älteren Arbeitnehmer sowie eine Garantie für die Einbindung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt vor.